

**Änderungsantrag** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2014 und 2015**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	07	Inneres
Produktbereich:	07.01	Polizei
Produktgruppe:	07.01.01	Polizei (Vollzugsbereich)

Die unter II. vorgeschlagene Änderung wirkt sich nicht auf die Darstellungen im Produktgruppenhaushalt aus.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft, Senat, Rechnungshof, Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten, Datenschutz, Inneres und Sport, Frauen
Kapitel:	0034	Polizei Bremen
Titel:	422 11-7	Bezüge der planmäßigen Beamten (Polizeivollzug)

Der bestehende Haushaltsvermerk wird wie folgt ersetzt:

1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 111 51-0 geleistet werden.
2. Vom Anschlag ist ein Betrag in Höhe von 2 054 680 Euro gesperrt. Die Aufhebung der Sperre erfolgt nach Beschluss des Senats und des Haushalts- und Finanzausschusses. Voraussetzung für die Aufhebung der Sperre ist das Eintreffen strukturell wirkender Kompensationsmaßnahmen, die sich aus den Konzepten des Senators für Inneres und Sport zur Einnahmeverbesserung bei der Verkehrsüberwachung sowie zur verbesserten Zusammenarbeit der Polizei in Bremen und Bremerhaven oder durch weitere strukturell wirkende Maßnahmen ergeben.“

Max Liess,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Hermann Kuhn,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen